

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.
Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

N^o 23.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

Sonnabend, den 28. Januar.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gefaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

Nachbestellungen

auf den „Freiberger Anzeiger und Tageblatt“ für die Monate

Februar und März

werden von sämtlichen Postanstalten wie von der unterzeichneten Expedition und den bekannten Ausgabestellen in Freiberg, Brand, Langenau, Halsbrüde, Langhennersdorf und Weizendorff zum Preise von 1 M. 75 Pf. angenommen.
Expd. des „Freib. Anzeiger u. Tageblatt“.

Der Aufstand in Dalmatien.

Es macht in Oesterreich einen höchst peinlichen Eindruck, die Delegationen zu einer außerordentlichen Session behufs Botirung eines Kredits für militärische Operationen innerhalb der Landesgrenzen einzuberufen. Alle Bevölkerungsschichten der Monarchie sind davon auf das Unangenehmste überrascht und die täglichen Meldungen über den Abmarsch dieses oder jenes Regiments nach dem Schauplatz der Insurrektion erhöhen nur das Peinliche der Situation. Es ist gewissermaßen ein Blitz aus heiterem Himmel, Nichts berechtigende noch vor wenigen Wochen, an eine solche Komplikation zu denken. Zwar drang im August und September vorigen Jahres schon Allerlei in die Öffentlichkeit, welches auf eine Renitenz derselben Elemente schließen ließ, die sich 1869 gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht widerhaarig gezeigt hatten.

Die Krivoscjaner oder Bocchen im südlichsten Zipfel der Monarchie — auf der einen Seite den Montenegro und auf einer anderen den Herzoginern benachbart — sollten sich, so hieß es damals, gegen die Übernahme der Rekrutierung zur Wehre gesetzt haben. Aber die österreichischen Regierungsorgane selbst waren es, die das damals versuchten und in Abrede stellten. Ja, es wurde geradezu behauptet, es sei an alledem nicht nur kein wahres Wort, sondern im Gegenteil sei die Affentirung in der Krivoscic ganz glatt durchgeführt. Als später einige Insurgentenbanden auftauchten, welche offensiv voringen, das Fort Dragalj in Besitz nahmen und einiger Blockhäuser sich mit Waffengewalt bemächtigten, da wurde wiederum das Höchste in offiziöser Schönfärberei geleistet, das Vorhandensein dieser Insurgenten rundweg abgeleugnet und nur zugegeben, daß einige kleine Räuberbanden sich gebildet hätten, die durchaus keine politischen Zwecke verfolgten. Und nun, siehe da! Diese angeblich so winzigen Banden nöthigen Oesterreich, ein Regiment nach dem andern an die Bocche di Cattaro und nach der Herzogowina hinunterzuschicken, zwingen zur Einberufung einer außerordentlichen Session jener parlamentarischen Körperschaft, die den beiden Reichshälften gemeinsam ist und expressen der Regierung das Geständniß, daß ohne Bewilligung eines größeren Kredits (man spricht jetzt vorläufig von 10 Millionen Gulden) die bisher abgeleugnete Insurrektion nicht bewältigt werden könne.

Die Sache ist erst in dem Augenblicke so akut geworden, als die österreichischen Behörden Miene machten, das im Herbst vorigen Jahres promulgirte bosnische Wehrgesetz in den okkupirten, ehemals türkischen Provinzen zur Durchführung zu bringen. Dem „Hamburgischen Korrespondenten“ schreibt man darüber aus Wien: Die Krivoscic allein könnte unmöglich eine so große militärische und finanzielle Kraftanstrengung nothwendig machen. Was ist die Krivoscic? Das ist ein Gebiet, dessen Bevölkerungsziffer selbst die des kleinsten deutschen Fürstenthums, Schaumburg-Lippe, bei weitem nicht erreicht. Schaumburg-Lippe mit seinen 30—40 000 Einwohnern hat noch immer zehnmal so viel Bevölkerung als die Krivoscic oder Bocche, welche Alles in Allem nur 3—4000 Bewohner zählt.

Nun ist es freilich wahr, daß diese Unbedeutendheit der Zahl der Krivoscjaner zum Theile dadurch paralysirt wird, daß sie in einem Berglande wie Montenegro ihr Heim haben und ihre Führer auf das Jahr 1869 hinweisen können, in welchem sie nicht durch Gewalt, sondern nur durch Bezahlung einer Summe an jeden Einzelnen der Aufständischen zum Niederlegen der Waffen bewogen wurden. Allein auch das würde es noch nicht erklären, daß Verstärkungen, die sich bis auf 20 000 Mann belaufen sollen, zu den Truppen, die jetzt schon in der insurgirten Landschaft waren, schleunigst herbei beordert werden und daß man überhaupt Vorbereitungen wie zu einem förmlichen Feldzuge trifft. Der Grund muß vielmehr, wie Angesichts der Kreditforderung schon halb und halb eingestanden wird, darin liegen, daß die aufständische Bewegung sich nicht mehr auf die Krivoscic beschränkt, sondern auch schon die Herzogowina und einzelne Theile von Bosnien zu ergreifen beginnt, wo überall die Unzufriedenheit darüber, daß die Militärpflicht, von der die christlich-slavische Bevölkerung unter der Türkenherrschaft befreit war, nun eingeführt werden soll, zu Meutereien aller Art den Anstoß giebt. Auch befürchtet man in den Wiener politischen Kreisen, daß der Fürst von Montenegro trotz seiner freundschaftlichen Versicherungen entweder nicht den Willen oder nicht die Macht haben werde, seine Unterthanen von der Theilnahme an dem Kampfe der Stamm- und blutsverwandten Krivoscjaner und Herzogowen gegen die kaiserlichen Truppen abzuhalten, was eventuell zu weiteren Verwicklungen führen könnte. Man bedauert es jetzt fast, im Jahre 1862 (nach der Eroberung der montenegrinischen Hauptstadt durch Omer Pascha) durch die diplomatische Intervention Oesterreichs den Plan der Türken verhindert zu haben, welcher dahin ging, die montenegrinische Bevölkerung aus den schwarzen Bergen nach Kleinasien zu verpflanzen, wo sie unter dem Einflusse des Klimas und der veränderten Lebensweise ihre Wildheit abgestreift, jedenfalls aber ihre Rolle in Europa ausgespielt haben würde.

Die Delegationen, daran ist nicht zu zweifeln, werden den geforderten Kredit bewilligen; haben sie doch, wie immer in solchen Fällen, keine andere Wahl, als der gebieterischen Nothwendigkeit Rechnung zu tragen. Aber ohne heftige Debatten und Retriminationen wird es dabei kaum abgehen. Oesterreich hat durch die Besitznahme von Bosnien und der Herzogowina sich eine schwerere Last aufgebürdet, als Frankreich mit Tunis. Denn nicht nur sind die Kosten, welche das tunesische Unternehmen den Franzosen auferlegt, bei Weitem geringer als diejenigen, welche Bosnien 1878 dem österreichischen Staatschätze verursachte und seitdem noch alljährlich beansprucht, sondern Frankreich kann sie auch, selbst wenn sie größer wären, unvergleichlich leichter ertragen. Tunis belastet einen Staat, dessen Einkünfte im abgelassenen Jahre die im Budget präliminirten um mehr als 200 Millionen Frks. übersteigen; Bosnien dagegen einen Staat, von dessen Reichshälften eine jede an einem jährlichen Defizit von 25 Millionen Gulden chronisch leidet.

Freilich war der uns befreundete Kaiserstaat aus Selbsterhaltungsgründen mit Nothwendigkeit auf diese Acquisition angewiesen, denn er durfte nicht fremden Einflüssen in seiner nächsten Nähe freien Spielraum lassen. Wäre Oesterreich nicht in Bosnien gebunden, der Aufstand in der Krivoscic brauchte alsdann Niemand eine Sorge zu bereiten. Aber der Zusammenhang desselben mit den Verhältnissen in den okkupirten Provinzen und jenen der ganzen Balkanhalbinsel überhaupt verschärft die Situation, zwingt zu Opfern an Gut und Blut und macht Bosnien-Herzogowina zu einem nichts weniger als beneidenswerthen Besitz.

Tageschau.

Freiberg, 27. Januar.

Der Reichstag nahm gestern den Kommissionsantrag, die Wahl des Abg. Ridert im vierzehnten württembergischen Wahlkreis zu beanstanden und den Reichskanzler zur Untersuchung der behaupteten Unregelmäßigkeiten aufzufordern, an. Die Wahl des Abg. Groß (bairische Pfalz) wurde dem Kommissionsantrag gemäß für gültig erklärt. Hierauf folgte die Berathung der Vorlage des Bundesrathes über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Stein- und Braunkohlenbergwerken. Abg. Hirsch macht gegen das Regulativ Bedenken geltend; er hätte bezüglich der Normirung der Arbeitszeit und der Ruhepausen eine andere Regelung vorgezogen. Redner beantragt, die Zustimmung zur Vorlage zu versagen. Dem gegenüber rechtfertig Bundeskommissar Heyden-Rynsch die Detailbestimmungen des Bundesrathsbeschlusses. Abg. Franz befürwortet den Antrag, wonach die Regulativbestimmungen nur für die jugendlichen Arbeiter gelten, welche mit Arbeiten beschäftigt sind, die unmittelbar auf die Förderung Bezug haben. Abg. Leuschner empfiehlt die Regierungsvorlage und bittet um Ablehnung des Antrages Hirsch. Im gleichen Sinne plaidirt auch der Abg. Hammacher. Abg. Stöckel empfiehlt den Antrag Franz, welcher fast einstimmig genehmigt wird. Der Antrag Hirsch wird abgelehnt. Sodann erfolgt die Spezialdebatte des Etats. Der Etat des Bundesrathes wird genehmigt. Beim Etat des Reichstages bemerkt Abg. Ridert, daß die amtliche berichtigte Statistik der Reichstagswahlen noch an erheblichen Unrichtigkeiten zu Ungunsten der Liberalen leide. Staatssekretär Minister v. Bötticher tritt für die allgemeine Korrektheit der Statistik ein und entschuldigt unwesentliche Mängel mit der großen Zahl der einander gegenüberstehenden Kandidaten der einzelnen Kreise und der allgemeinen Zersplitterung der Parteien. Abg. Grillenberger beschwert sich über die polizeiliche Kontrolle, unter der die sozialistischen Mitglieder des Hauses bis in dessen Räume hinein stehen. Dieses Gebahren entspreche der Würde des Hauses nicht. Der Etat des Reichstages wird genehmigt und um 3000 Mark für die Assistenten und für die Bibliothek vermehrt. Bei Berathung des Antrages Massow auf Wiederherstellung des abgelehnten Etatstitels von 290 000 M. als erste Rate für Gründung eines Militärknabeninstituts in Neubreitsch spricht sich Abg. Ridert gegen den Antrag aus. Kriegsminister v. Rameke hält an der Regierungsforderung fest und bittet um Annahme des Antrages. Abg. Massow motivirt die Nothwendigkeit der projektirten Anstalt aus politischen und rein militärischen Gründen. Abg. v. Benda befürwortet einen Vermittlungsantrag, der von dem Knabeninstitut absieht und nur eine Unteroffiziersvorschule errichten will. Abg. Richter widerspricht der Bewilligung im Ganzen sowohl, wie dem Antrag Benda. Die Rückverweisung der ganzen Angelegenheit an die Budgetkommission wird mit 118 gegen 113 Stimmen beschlossen. — Die Parteistatistik des Reichstages hat sich im Laufe der Session festgestellt. Nach dem Fraktionsverzeichnis gehören an: den Deutsch-Konservativen 49 Mitglieder, der Reichspartei 27, dem Centrum 107. Ferner zählt der Reichstag: 18 Polen, 43 Nationalliberale, 47 Mitglieder der liberalen Vereinigung, 58 der Fortschrittspartei, 8 der Volkspartei, 12 Sozialdemokraten, 15 Elsaß-Lothringer und 10 Wilde. Ein Mandat, dasjenige für den 4. schleswigischen Wahlkreis, ist erledigt. — Ueber die Stellung des Centrums zu der Kirchenvorlage hört man, daß die Partei zu dem Versuche entschlossen ist, die Vorlage in ihrem Sinne zu amendiren. Angeblich sind die Verbesserungsvorschläge des Centrums bereits formulirt. An eine Ablehnung der Vorlage seitens des Centrums, selbst wenn erhebliche Veränderungen nicht mehr vorgenommen würden, will in Abgeordnetenkreisen Niemand glauben. — Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, hat der Kaiser dem Reichskanzler Fürsten Bismarck für seine in der Sitzung des Reichstages vom 24. d. M. gehaltene Rede seinen besonderen Dank aussprechen lassen. — Nach einer Mittheilung der „Germania“ ist der königliche Erlaß vom 4. Januar durch den Staatssekretär des Reichsjustizamtes dem Reichsgerichte zur Kenntniznahme mitgetheilt worden.

Wie man aus Oesterreich meldet, wird Graf Wolkenstein sich von Berlin auch nach Paris und London begeben,